

UNSERE WOCHEN IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Am Donnerstag hatten wir im Verfassungs- und Rechtsausschuss des Landtags die Petition einer Dame zu behandeln, die sich von Neutronen aus dem Weltall bestrahlt fühlt. In diesem Ausschuss beraten wir vor allem alle bayerischen Gesetzesvorhaben und dazu so manches, was man vielleicht für wichtiger halten mag als solch eine Petition. Aber über zwei, drei Handvoll Petitionen sitzen wir auch jeweils und da sind vergleichbare Anliegen regelmäßig dabei. Ich denke, man tut besagter Dame auch nicht unrecht, wenn man ganz offen sagt, dass man, nunja, ihre Bedenken nicht unbedingt teilt. Sehr wohl unrecht wäre es allerdings, solche Menschen mit ihren Ängsten und vor allem auch mit ihrem Petitionsrecht, nicht ernst zu nehmen.

Ich schreibe dies hier, weil wir gerade Gefahr laufen, einen allzu subjektiven Blick auf Grundrechte zu entwickeln:

Meine Grundrechte über alles, die Grundrechte anderer bitte nur, wenn sie meiner freien Entfaltung nicht im Weg sind! Was ich von denen halte, die in Corona-Zeiten ihr Recht auf freie Entfaltung über das Recht auf Leben und Gesundheit anderer stellen, lesen Sie weiter unten in diesem Newsletter. Und wenn zigtausende Querdenker – wie letzte Woche in Kempten beabsichtigt – eine Stadt fluten wollen, um die Versammlungsfreiheit für Randalen und verfassungsfeindliche Umtriebe zu missbrauchen, bin ich sehr froh, wenn unser Rechtsstaat – wie letztlich in Kempten geschehen – dafür sorgt, dass in diesem speziellen Fall eine solche Chaos-Demo nicht stattfinden kann.

Und doch – und darum geht's mir heute – dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, dass das Versammlungsrecht – unter Beachtung eben der Rechte anderer – ein elementares Grundrecht ist: Das Recht der Andersdenkenden ohne das die Meinungsfreiheit amputiert wäre!

Wenn dann in eben dieser Stadt ein Antrag einer an sich sehr staatstragenden Stadtratsfraktion auftaucht mit dem Ziel, Anti-Corona-Demonstrationen grundsätzlich zu verbieten, ist allzu schneller Applaus sicher. Aber mir graut vor solchem Grundrechtsverständnis: Wer staatliches Handeln, z.B. die Sinnhaftigkeit mancher Coronamaßnahmen infrage stellt, ist nicht allein deswegen ein Verfassungsfeind. Morgen könnten es brave Buchhändler, Sportvereine und ja, auch Künstler sein, die mit ihren Sorgen friedlich auf die Straße gehen.

Wir müssen gerade in dieser aufgeheizten Zeit aufpassen, dass in unserer Gewissheit, mit der eigenen Meinung auf der guten Seite zu stehen, noch Platz bleibt für andere Meinungen. Dazu müssen wir die Menschen ernst nehmen, egal ob sie sich vor Neutronen aus dem Weltall fürchten oder vor einem kleinen Pieks in den Oberarm!

Herzlichst, Ihr

Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags

MEINE WOCHEN IM LANDTAG

Am Mittwoch dieser Woche wurde in Berlin die bundesweite »Notbremse« mit einer Ergänzung des Infektionsschutzgesetzes im Bundestag beschlossen. Wir kritisieren diese Verlagerung der Kompetenzen zum Bund hin. Am Donnerstag hat mich im Verfassungsausschuss des Bayerischen Landtags die Anhörung von Rechtsprofessoren und Experten am einmal mehr in unserem bisherigen Kurs bestätigt: **So hat die Mehrheit der geladenen Experten eine Kompetenzverlagerung der Anti-Corona-Politik an den Bund zur Schaffung bundeseinheitlicher Regelungen auch im Hinblick auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz kritisch gesehen.**

VERFASSUNGSBESCHWERDE GEGEN »BUNDESNOTBREMSE«

Die bisherige Verteilung der Kompetenzen hat sich nach Auffassung dieser Rechtsexperten bewährt, da hierdurch regionalspezifisch passgenaue Lösungen in Abhängigkeit vom jeweiligen Infektionsgeschehen gefunden werden können. Auf den Punkt gebracht: **»Zentralismus neigt zur Totalität, Föderalismus zur Mäßigung.«** Es ist ja evident, dass Bayern besser als Berlin beurteilen kann, ob in Hof oder Oberstdorf die Schulen schließen müssen. **Kritisiert wurde auch die reine Orientierung am Inzidenzwert.** Seit Wochen plädieren wir dafür, den Blick nicht nur einseitig darauf zu richten, sondern vielmehr das Konzept einer gewichteten Risikoinzidenz zu verfolgen, das auch Durchimpfung, R-Wert, Positivrate durchgeführter Tests und die Kapazitäten unseres Gesundheitssystems berücksichtigt. Darin haben mich die Rechtsprofessoren, Virologen und Leiter von Gesundheitsämtern bestärkt. Sie sehen das im Grunde genauso! **Unterdessen hat die FREIE WÄHLER Bundesvereinigung am vergangenen Donnerstag beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe per Eilantrag eine Verfassungsbeschwerde gegen die Änderungen im Infektionsschutzgesetz eingereicht.**



RÜCKBLICK



ENDE DES MACHTKAMPFS IN DER UNION

Über die K-Frage und den Machtkampf um die Bundeskanzlerkandidatur in der Union habe ich mich hier schon mehrfach geäußert. Die Klärung tut gut, auch in der täglichen politischen Arbeit. Denn es ist gut, dass die K-Frage nicht über jeder Diskussion und jeder Entscheidung schwebt, sondern das Streben nach dem inhaltlich Richtigen. Was wir als FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion vom Ergebnis halten? Naja, angesichts der Alternativen hätten wir Markus Söder schon gern im Kanzleramt gesehen, zumal wir ihn in den letzten zweieinhalb Jahren als einen Regierungschef erlebt haben, mit dem das Ringen um die besten Entscheidungen zwar nicht immer leicht war, der aber mit Sicherheit auch Verhandlungspartnern wie Macron, Putin oder Erdogan gewachsen wäre... So aber hoffen wir, dass nun Entscheidungen in Bayern wieder in erster Linie mit dem Blick auf Bayern und weniger mit einem Auge Richtung Kanzleramt getroffen werden können und wir so die in den vergangenen zweieinhalb Jahren bewährte Arbeit der Bayernkoalition mit Markus Söder fortsetzen können. Gleichzeitig hoffen wir, dass bürgerliche Kräfte in Deutschland auch künftig politische Mehr-

heiten erringen. Dazu möchte die FREIE WÄHLER-Fraktion kraftvoll beitragen – so wie jetzt bereits im Freistaat.

KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS: STÄRKERE EINBINDUNG DER REGIONALPARLAMENTE GEFORDERT

Die Konferenz zur Zukunft Europas ist ein wichtiges Instrument zur Entwicklung der EU nach der Corona-Pandemie. Bürgerinnen und Bürger haben dabei in Debatten und Diskussionen die Chance, Ideen auszutauschen und die Europäische Union gemeinsam mitzugestalten. Umso irritierter zeigt sich die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion über den Vorschlag der EU-Kommission zur Zusammensetzung der Konferenz: Kein einziger der insgesamt 273 Delegierten ist für regionale Parlamente vorgesehen. Die regionale und kommunale Ebene bleibt damit quasi unberücksichtigt. Dies kritisieren Florian Streibl sowie der Europaausschussvorsitzende Tobias Gotthardt in einem gemeinsamen Brief an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Wir haben ein Europa der Regionen immer unterstützt und uns in konkreten Resolutionen mehrfach aktiv dafür eingesetzt. Gerade beim Anspruch einer bürgernahen Auseinandersetzung ist der von Brüssel gewählte Ansatz daher völlig unangemessen. **Aus diesem Grund fordern wir eine deutlich stärkere Berücksichtigung der Regionalparlamente.** Wir Landtagsabgeordneten stellen uns damit ausdrücklich an die Seite von Apostolos Tzitzikostas, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen. Eine zukunftsfähige EU kann nur als echtes, institutionalisiertes Europa der Menschen und Regionen funktionieren. Es braucht einen engagierten Dialog auf allen politischen Ebenen. **Je näher wir dabei an den Menschen bleiben, desto besser!** Denn sie sind Sprachrohr für eine bürgernahe EU und benötigen daher eine starke Stimme in der Konferenz zur Zukunft Europas.



AUFBAU DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT NÜRNBERG – Stärkung Bayerns als innovativer Hochschulstandort

Im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst am 21. April berichtete Bernd Sibler, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, zum Stand des Aufbaus der Technischen Universität Nürnberg. Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag freuen uns sehr, dass diese Universität zum 1. Januar 2021 errichtet wurde. Denn mit ihrem Leitbild »Internationalität, Interdisziplinarität, Unternehmertum« eröffnet sie Studierenden die Chance, wissenschaftliche Potenziale zu nutzen und systemische Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu finden.

Dadurch wertet die TU Nürnberg Bayern als innovativen Hochschulstandort weiter auf. Aktuell hat die Universität ihr vorläufiges Quartier im Süden der Stadt bezogen. Die angemieteten Räumlichkeiten werden sie bis zur Fertigstellung der ersten Neubauten auf dem Campus beheimaten und ihr flexible Entwicklungsperspektiven bieten. **Gerade im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung soll die Gelegenheit genutzt werden, die Vision eines integrierten digitalen Campus umzusetzen.** Ein breites Fächerangebot aus Technik-, Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften wird ihre Studierenden auf den Arbeitsmarkt der Zukunft vorbereiten. **Gleichzeitig bleibt das Augenmerk unserer Fraktion darauf gerichtet, ein qualitativ hochwertiges und zukunftsorientiertes Hochschulangebot in der Fläche zu sichern. Universitätsneugründungen dürfen demnach nicht zulasten der bestehenden Hochschulen in Bayern**



gehen. Wir werden im Zuge der Novelle des Bayerisches Hochschulgesetzes sehr genau darauf achten, **dass eine unternehmerische Ausrichtung nicht zum Leitprinzip aller bayerischen Hochschulen wird.** Denn Wissenschaft ist aus unserer Sicht nicht nur Technik und Innovation, sondern ebenso Grundlagenforschung sowie geistes- und kulturwissenschaftliche Forschung.

KULTURFONDS 2021

6,8 Millionen Euro für Kunst und Kultur – Schwaben profitiert besonders!

Auch dieses Jahr unterstützt der Freistaat über den Kulturfonds Bayern wieder eine Vielzahl kultureller Projekte. **Gerade in Corona-Zeiten sei es wichtig, ein Zeichen zu setzen und Kultur weiter zu fördern.** Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, für den Neubau des **Museumsdepots in Kempten** und für die Sanierung des **Lindauer Stadtmuseums (Cavazzen) jeweils 1.000.000 Euro** ins Allgäu zu holen. Dies umso mehr, als das nach den Statuten des Fonds die Höchstfördersumme für ein Projekt ist.

Für ganz Bayern schüttet der Fonds in diesem Jahr 6.802.660 Euro aus, wovon 34,2% und damit ein überdurchschnittlich großer Anteil nach Schwaben geht. Ursache dafür sind die beiden großen Projekte in Kempten und Lindau.

Unsere Museen sichern auch kommenden Generationen den Erhalt und den Zugang zu Kunst und Kultur bei uns im Allgäu. Für das Bewahren dieser Kultur ist das Sammeln und der Schutz auch der Kunst notwendig, die aktuell nicht im Museum ausgestellt werden kann. Nachdem wir FREIE WÄHLER uns seit vielen Jahren für ein neues Museumsdepot in Kempten eingesetzt haben, die Realisierung aber

lange auch an den Finanzen gescheitert ist, freue ich mich umso mehr, dass der gerade erfolgte Baubeginn durch diese große Fördersumme ermöglicht wurde.

VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT: RECHTSSTAAT MUSS WACHSAMER WERDEN

Am Mittwoch wurde im Landtagsinnenausschuss der **aktuelle Verfassungsschutzbericht** vorgestellt. Die **Querdenken-Bewegung ist eine Gefahr für unsere Demokratie** – das hat der Verfassungsschutzbericht klargestellt. Die Bewegung ist zu einem Sammelbecken für Rechtsextreme, Reichsbürger, Demokratiefeinde und irrsinnige Verschwörungstheoretiker geworden, die längst andere Ziele verfolgen, als gegen ein Infektionsschutzgesetz zu demonstrieren. Das zeigen nicht zuletzt die aus dem Ruder gelaufenen Demonstrationen in Berlin und Leipzig: Dort wurden Polizisten und Journalisten attackiert, das Tragen von Schutzmasken verweigert, die Bundesrepublik mit der NS-Diktatur gleichgesetzt und ein Bürgerkrieg herbeigewünscht. **Der Rechtsstaat muss angesichts dieser zunehmenden Radikalisierung zumindest eines Teils der Querdenken-Bewegung unbedingt wachsamer werden.** Denn was sich überall in Deutschland bei Aufläufen von Querdenkern abspielt und mit welcher Dreistigkeit das Demonstrationsrecht für die eigene demokra-



tiefeindliche Agenda missbraucht wird, ist ein deutliches Warnzeichen. **Der Staat darf deshalb nicht zögern, konsequent und mit fühlbarer Härte zu antworten.**

Die Corona-Pandemie hat ein Schlaglicht auf die dunklen Winkel unserer Gesellschaft geworfen und eins offensichtlich gemacht: **Demokratiefeindlichkeit ist kein Randphänomen mehr. Und auch der Extremismus gewinnt durch die Pandemie an Auftrieb.** Längst ist es kein Tabu mehr, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich um ihre Freiheit sorgen, Seite an Seite mit Menschen demonstrieren, die Reichskriegsflaggen schwenken und Wissenschaftlern das Schicksal von KZ-Häftlingen im Nationalsozialismus wünschen. Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang auch, dass extremistische Gruppen die Krise instrumentalisieren, um Hass gegen ihre vermeintlichen »Feinde« zu schüren und gezielt Hetze zu streuen. Der Staat muss verfassungsfeindliche Strukturen und Gruppen deshalb mit allen rechtsstaatlichen Mitteln beobachten und – wo immer möglich – strafrechtlich verfolgen. Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion gilt der Grundsatz: **Es darf keine Offenheit gegenüber Extremisten geben. Rassismus und Demokratiefeindlichkeit dürfen in unserem Rechtsstaat niemals toleriert werden!**

BILLIGSTER POLIT-ZIRKUS: AFD STÖRT MIT PLAKATEN PLENARDEBATTE

Wieder einmal disqualifizierte sich die AfD am Dienstag im Bayerischen Landtag selbst mit ihrem Verhalten. Einmal mehr zeigen sich die Rechten im Maximilianeum als gänzlich parlamentsunfähige Gurkentruppe. Im Parlament regiert das Wort. Wer sich mit Worten nicht wehren kann, muss scheinbar Schilder basteln. Die im Ältestenrat vorgelegene Begründung, mit einer Schilder-Aktion gegen die



Maskenpflicht im Landtag demonstrieren zu wollen, offenbart ein bemerkenswertes Demokratie- und Rechtsstaatsverständnis. Als gänzlich lächerlich empfanden wir die Begründung, man habe die dreifache Aufforderung des Präsidenten zur Abnahme der Schilder überhört. Wir schämen uns für solchen billigen Zirkus, der unser Parlament inmitten der Corona-Krise von seiner eigentlichen Arbeit abhält. Der Bayerische Landtag lässt sich nicht durch Plakate auf Kindergartenniveau zum Kasperltheater degradieren. Wer nicht in der Lage ist, sich den aktuellen wichtigen Aufgaben mit dem nötigen Ernst zu widmen, ist in unserer parlamentarischen Demokratie fehl am Platz.

HEIMAT BESCHÜTZEN – FREIHEIT ZURÜCKGEWINNEN

Thema der Aktuellen Stunde im Plenum des Bayerischen Landtags am vergangenen Dienstag war: **»Mit Sicherheit zur Normalität: Heimat beschützen – Freiheit zurückgewinnen – Corona besiegen!«** Unsere Meinung hierzu ist klar und deutlich. **Ein Lockdown darf nicht einzige Antwort auf das Infektionsgeschehen sein!**

Bayerns Kampf gegen Corona ist ein kräftezehrender Marathon. Umso ärgerlicher sind die von Brüssel und Berlin verursachten Verzögerungen beim Impfen und Testen, wegen derer wir leider auch in Bayern noch immer nicht zum Endspurt ansetzen können. Umso mehr gilt es jetzt, auf dem weiteren Weg bis zur Zielgeraden einen Modus für ein gutes Leben mit dem Virus zu entwickeln, das unser Land und seine Menschen durch das Frühjahr trägt. **Wir müssen unsere Heimat weiter schützen, aber auch sukzessive Freiheit und Nor-**

malität zurückgewinnen, wo immer es verantwortbar erscheint. Damit dies gelingt, dürfen wir die Pandemie von heute nicht ausschließlich mit den Mitteln des letzten Jahres bekämpfen – mit einem Lockdown als einziger Lösung.

Stattdessen müssen wir **Instrumente**, mit denen wir der Pandemie die Stirn bieten, **zielgerichtet weiterentwickeln**. Unser derzeitiger Trumpf, um Sicherheit und Normalität bestmöglich unter einen Hut zu kriegen, besteht im **Testen**. Wer durch ein negatives Ergebnis nachweist, über einen bestimmten Zeitraum niemanden zu infizieren, kann währenddessen mit geringem Risiko in Präsenz unterrichtet werden, aber auch verantwortungsbewussten Zugang zu Handel und Gastronomie erhalten oder sicher zu Sport und Kultur gehen. **Politik muss folglich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein bayerischer Sommer tag im Jahr 2021 mit einem Test beginnt, dessen negatives Ergebnis im Idealfall digital erfasst wird und ein einigermaßen normales Leben eröffnet.**

Analog dazu bedarf es einer Strategie zur **Rücknahme der Einschränkungen für Menschen, die zweifach geimpft worden sind. Der Grundzustand einer Demokratie ist die Freiheit. Die Rücknahme ihrer vorübergehenden Beschränkung ist kein Privileg, sondern die Wiederherstellung des Normalzustands.** Ebenso gilt es den Wunsch beider Regierungsfraktionen umzusetzen, die gesamte Lebenswirklichkeit der Menschen in Bayern nicht alleine an der Inzidenzzahl auszurichten. Stattdessen plädieren wir FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag für das Konzept einer **gewichteten Risikoinzidenz**, das auch die Durchimpfung, den R-Wert, die Positivrate der durchgeführten Tests und die Kapazitäten unseres Gesundheitssystems berücksichtigt.



#FAKTENZEIT – DIE HALBZEITBILANZ

Seit ihrem Einzug in die Bayerische Staatsregierung vor zweieinhalb Jahren hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion vieles bewegt.

Nun heißt es #FaktenZeit! Welche Halbzeitbilanz der Fraktionsvorsitzende Florian Streibl, der Parlamentarische Geschäftsführer Dr. Fabian Mehring sowie der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ziehen, erfahren Sie in diesem **Video, Part I:**

FaktenZeit I – das Video!

Teil II der Halbzeitbilanz im Video Welches Fazit zu zweieinhalb Jahren Regierungszeit ziehen unser Staatsminister Thorsten Glauber und Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo? **Hier geht's zum 2. Part unserer Halbzeitbilanz:**

FaktenZeit II – das Video!

FaktenZeit – die gesamte Pressekonferenz

Die gesamte Pressekonferenz können Sie sich auch auf YouTube ansehen: **Hier geht's lang!**

Eine Halbzeitbilanz ziehen wir auch auf Facebook, Instagram und Twitter. Schauen Sie doch mal rein.

Wir halten Sie hier auch über unsere tägliche Arbeit im Landtag auf dem Laufenden:

- ▶ Facebook – FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
- ▶ Instagram – FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
- ▶ Twitter – FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FÖRDERUNG VON STAATLICH KONTROLLIERTEM ISLAMUNTERRICHT

Am 20. April wurde im Plenum des Bayerischen Landtags der **Gesetzesentwurf der Staatsregierung verhandelt, der das Folgekonzept zum bisher im Modellversuch laufenden Unterrichtsangebot »Islamischer Unterricht«** darstellt.

Persönlichkeitsbildung sowie die Fähigkeit, sowohl eigenen als auch fremden Werten und Weltanschauungen differenziert und verantwortungsvoll zu begegnen, sind wesentliche Bildungsziele des bayerischen Schulsystems. Nur eine Erziehung zu Offenheit und Toleranz ermöglicht einen gesellschaftlich-integrativen Dialog zwischen Menschen und Religionen. Bildung ist damit ein wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit gegen Demokratiefeindlichkeit, Fremdenhass und Radikalisierung. **Mit dem Angebot eines staatlich kontrollierten und streng nach bayerischem Lehrplan erfolgenden Islamunterrichts verhindern wir, dass muslimischen Kindern ein falsches, radikalisiertes Bild ihres Glaubens vermittelt wird.** Ziel des Islamunterrichts muss aus Sicht der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag sein, Kinder zu befähigen, mit der Vielfalt an Perspektiven, Positionen und Lebensformen in unserer demo-



IMPRESSUM

ALEXANDER HOLD (v.i.Sd.P.) Telefon 0831 9909 3001
 Salzstraße 12 alexander.hold@fw-landtag.de
 87435 Kempten www.alexander-hold.de

kratischen Gesellschaft reflektiert und tolerant umzugehen. Zudem wollen wir ihnen die Möglichkeit geben, sich ihrer eigenen religiösen und kulturellen Wurzeln zu vergewissern. So erziehen wir sie an unseren Schulen zu gefestigten, jungen Persönlichkeiten. **In den vergangenen Jahren haben wir uns daher stets dafür eingesetzt, dass das Modellprojekt verstetigt und qualitativ zu einem regulären Unterrichtsfach weiterentwickelt wird.** Nur so kann ein bedarfsgerechtes Angebot vor Ort geschaffen werden. Die jetzige Einführung des neuen Wahlpflichtfachs durch Kultusminister Prof. Dr. Piazzolo ist daher nicht nur ein konsequenter Schritt, sondern auch ein voller Erfolg der langjährigen bildungspolitischen Haltung unserer Fraktion.

BLICKPUNKT B@YERN – DIE ZUKUNFT DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

Die Energiewende in Bayern kommt gut voran – doch sie ist kein Sportwagen, sondern gleicht eher einem klobigen Tanker. Deshalb diskutiert unser energiepolitischer Sprecher Rainer Ludwig am Freitag, den 21. April, mit Experten über die Frage, wie wir Bürger, Kommunen und bayerische Wirtschaft noch stärker für eine aktive Mitmach-Energiewende begeistern können.

Blickpunkt B@yern – Live-Stream zum Ansehen auf YouTube oder Facebook!

Wer es verpasst hat, kann sich **Blickpunkt B@yern und alle weiteren Veranstaltungen** auf unserem YouTube Kanal ansehen. Viel Spaß dabei!

FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
YouTube Kanal